

Basel Stadt Land Region

Leitartikel

Das Baudepartement hat den Kopf verloren

100-Millionen-Debakel Die wirklichen Probleme mit dem Biozentrum sind im Hause Hans-Peter Wessels zu finden und selbst gemacht.

Schon im vergangenen Sommer tigerte der Vorsteher des Basler Baudepartements, Hans-Peter Wessels, durch die Stadt und sagte es ausgewählten Branchenkenner: Er sei froh, wenn die Mehrkosten des Biozentrums einen zweistelligen Millionenbetrag nicht überschreiten würden. Gegenüber der Öffentlichkeit wollte Wessels keinen Betrag bestätigen. Vermutlich konnte er es auch nicht. Seit Montag kennen wir immerhin die Bandbreite von 70 bis 110 Millionen Franken. Das Biozentrum wird also gut 30 Prozent teurer. Die auf Sparkurs getrimmte Universität Basel wird die Millionen vorfinanzieren müssen und es über die Erhöhung der Globalbudgets von ihren Trägerkantonen zurückfordern. Mit anderen Worten: Die Bevölkerung zahlt das Debakel so oder so.

«Ausserordentliche Ereignisse, Komplexität des Baus und ungenügende Leistungen der Unternehmen», hat Wessels als Grund hervorgehoben und eine eindrückliche Liste von Mängeln vorgelegt. Es werden Versicherungsleistungen in der Höhe von 14 Millionen Franken erwartet. Damit hat Wessels wie gewohnt vom Versagen im eigenen Haus abgelenkt. Die Hauptlast von rund 100 Millionen Franken trägt nämlich der Bauherr und nicht die angeblichen Pfuscher und auch nicht deren Versicherungen.

Die amerikanische Weisheit «Follow the money» gibt Aufschluss darüber, wer also die wahre Verantwortung für das

Biozentrum-Debakel trägt: das Basler Baudepartement, das den Bau dieses «Spülkastens» hätte überwachen sollen. Dort ist aber zwischen Controlling, Rechnungsstellung und Verträgen die Übersicht verloren gegangen. Es ist ein Gebäude, das von politischen Möchtegern-Musterknaben initiiert

Die Universität hat ihre Lehre gezogen: Man baut nicht mehr mit dem Baudepartement.

wurde. Und die staatlichen Zaublerlehrlinge, welche die gesetzlichen Auflagen und Projektvorgaben dazu erfanden, zeigten sich von Beginn weg überfordert, die Geister loszuwerden, die sie mit ihrem fast wahnhaft geprägten Vorstellung eines Energiespargebäudes gerufen hatten.

Um dieses Debakel zu verstehen, muss kurz folgende Geschichte erzählt werden: Wer heute in Basel ein Mehrfamilienhaus baut, hat den sogenannten Wärme-Ertrag einer Liegenschaft zu berechnen und diesen gegenüber den Behörden nachzuweisen. Sonneneinstrahlung, Schattendiagramme, Einfluss von Nachbarliegenschaften und Beschattungsmomente wachsender Bäume gehören zu den Parametern, die in einen Computer eingege-



Wegen der Wasserschäden auch «Spülkasten» genannt: der Problembau Biozentrum. Foto: Georgios Kefalas (Keystone)

ben und nur noch von jenen Menschen verstanden werden, die diese Maschinen füttern. Die Komplexität führt dazu, dass heute ein Hochbauzeichner nach seiner Ausbildung eine Fassade nicht mehr zu entwickeln in der Lage ist.

Am Ende einer solchen Berechnung wird eine Zahl ausgespuckt, welche die staatlichen Kontrolleure zu genehmigen

haben. Dabei haben diese Zaublerlehrlinge die Wärme-Ertrags-Workshops bei jenen Firmen besucht, welche die Berechnungen für die Liegenschaftsbesitzer machen. «Man kann den Beamten jedwede Zahl vorlegen, weder verstehen sie sie, noch können sie sie nur ansatzweise kontrollieren», spotten Mitarbeiter in jenen Energie-Ingenieurbüros über die Staatsbeamten. Die Fassade

des Biozentrums ist ein Kind solchen Denkens.

Ähnliches erzählen auch die Brandschutzexperten: «Wir haben so viele Auflagen, dass sich niemand mehr zurechtfindet und die Behörden das Wissen bei uns abrufen müssen.» Unter dieser Prämisse ist auch das Debakel um die Absage in der St.-Jakob-Halle für das Konzert der RAF Camora zu verstehen. Die Beamten zeigten sich mit ihrer Einschätzung zur Brandsicherheit derart überfordert, dass auch der Veranstalter des Hans-Zimmer-Konzerts bis zur letzten Sekunde zittern musste.

Nun ist das Biozentrum das hochgezüchtete Gebäude, das die Schweiz kennt. Ein ranghoher Insider der Generalplanerin B + P Baurealisations AG verglich das Haus mit einem Formel-1-Boliden, der noch nicht einmal die Teststrecke überstanden hat, und sprach lakonisch von «Selbstverwirklichung der Behörden auf Kosten der Steuerzahler». Nichts durfte Standard, alles sollte exzessiv sein. Dazu exzessiv ausgelebte Vorschriften. Ein Beispiel: Neuerdings verlangen die Beamten, dass Wasserleitungen eines im Bau befindlichen Objekts in Perioden von 72 Stunden gespült werden müssen. Selbstredend wird ein Protokoll verlangt. Das führt bei der Dimension eines Biozentrums zu immensen Aufwänden, sodass Herstellerfirmen auf diese Auflage reagierten und versuchen, Neuentwicklungen zu lancie-

ren. Ironischerweise kam es beim Biozentrum dabei zum Wasserschaden.

Die Zeche für solche Auflagenexzesse zahlt in Basel täglich jeder private Bauherr. Und im Fall des Biozentrums nun der Steuerzahler. Der Präsident der Baselbieter Geschäftsprüfungskommission, Landrat Hanspeter Weibel, würde sich hüten, das Basler Baudepartement zu kritisieren. Jetzt aber, wo sich das Baselbiet mit Millionenbeträgen am Schaden beteiligen muss, erlaubt auch er sich Kritik: «Das Baudepartement lebt im Grössenwahn, solche Projekte selber managen zu können», sagt er. Mehrfach sei in der Vergangenheit vom rot geführten Baudepartement die rote Linie überschritten worden. Weibel erinnert sich auch «an die Tramlinie 3 nach St-Louis, die nicht im Sinne des Erfinders benutzt wird, selbst nachdem Wessels mit einer Millio-nenzahlung nachgeholfen hat».

Der Lenkungsausschuss verlangt die Aufarbeitung des Biozentrum-Debakels. Sie wird die Fehler im Hause Wessels finden. Die Lehren hat die Universität beider Basel aber bereits gezogen: Man baut nicht mehr mit dem Basler Baudepartement. Das Zentrum für Biomedizin realisieren Private.



Daniel Wahl
BaZ-Redaktor

Das Ende der integrativen Schule naht

Reform Riehen plant wieder Einführungsklassen für nicht schulreife Kinder. Auch Basel geht diesen Weg.

Die Pädagogik gleicht gewissen Gesellschaftsspielen: Mal geht es ein Feld vorwärts, mal eines zurück. In Riehen und Basel haben die Behörden vor Jahren die «integrative Schule» erfunden. Kinder, die früher in Kleinklassen oder Sonderschulen unterrichtet wurden, werden nun im regulären Klassenverband betreut.

Das stresste viele Lehrer und Mitschüler. Jetzt geht es in der Landgemeinde und der Stadt zurück auf Feld eins. Der Riehener Gemeinderat – die Exekutive – hat beschlossen, den Übergang vom Kindergarten zur Primar-

schule neu zu regeln. Es sollen wieder eine oder zwei Einführungsklassen geschaffen werden. Dort könnten Kinder, die noch nicht reif für die reguläre Primarschule sind, den Stoff der 1. Klasse in zwei Jahren lernen.

Laut FDP-Gemeinderätin Silvia Schweizer beantragt die Riehener Exekutive dem Gemeindeparlament dafür einen Kredit von 517 000 Franken pro Jahr für zwei Einführungsklassen.

Weil die Einschulung heute früher erfolgt, stellt sich öfter die Frage nach der Schulreife. Laut Schweizer soll deshalb «mit ver-

schiedenen Massnahmen wie der Wiedereinführung der Einführungsklasse ein geeignetes Angebot an der Schnittstelle zwischen Kindergarten und Primarschule geschaffen werden».

Petition lanciert

Zurück auf Feld eins will auch der Riehener SVP-Gemeinderat und Heilpädagoge Peter Vogt. Mit Vertretern von Grünen, CVP und EDU hat er eine Petition «für eine Einführungsklasse in Riehen» lanciert.

«Ein guter Übergang vom Kindergarten in die Primarschule ist

für die gesunde Entwicklung der Kinder von grosser Bedeutung», argumentiert Vogt. «Wir wollen, dass auf das Schuljahr 2020/2021, das im August beginnt, in Riehen mindestens eine Einführungsklasse gebildet wird», sagt er. Diese soll «reserviert sein für Kinder, welche bei Schuleintritt die erforderliche Schulreife noch nicht erreicht haben». Für «verhaltensauffällige Kinder» seien «andere Schulungsmöglichkeiten zu schaffen».

Silvia Schweizer zeigt sich vom Vorpreschen des Petitionskomitees überrascht. Sie sagt:

«Die Forderung ist zeitlich gesehen sportlich.» Der Riehener Einwohnerrat dürfte sich erst im Frühjahr über das Geschäft beugen. Erst wenn er dem Geschäft zugestimmt und den Kredit bewilligt hat, ist eine Umsetzung überhaupt möglich.

Vogt sagt: «Wir wollen Tempo machen.» Er bezeichnet Basel-Stadt als gutes Beispiel: «Einführungsklassen waren in Basel während Jahrzehnten eine erfolgreiche Einrichtung, in denen das Schulprogramm der ersten Primarstufe auf zwei Jahre verteilt wurde. Das ermöglichte

te betroffenen Kindern einen sanften Übergang vom Kindergarten in die Primarschule.»

Förderangebote ab 2020

Basel-Stadt macht ebenfalls einen Schritt rückwärts. Das Erziehungsdepartement und der Grosse Rat sind sich einig, dass wieder eingeführt werden soll, was einst abgeschafft wurde: Einführungsklassen. Diese Förderangebote sollen den Schulen ab nächstem Jahr wieder zur Verfügung gestellt werden.

Martin Furrer

ANZEIGE

Gemeinsam schützen wir die
**GESAMTARBEITS-
VERTRÄGE!**

[A][M][K][B]
Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe

für Lohnschutz – gegen Schwarzarbeit



Marco SCHÄFFLER, Geschäftsführer M.S. Baugeschäft AG

Jede Woche werden auf Baustellen im Kanton Basel-Landschaft Schwarzarbeit und Lohndumping festgestellt.

Deshalb braucht es auch im Kanton Basel-Landschaft jeden Tag Kontrollen auf den Baustellen, um

- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wie Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber vor Lohndumping zu schützen
- für schweizerische wie ausländische Unternehmen gleiche Bedingungen zu schaffen
- die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge zu garantieren.

Die Arbeitsmarktkontrolle für das Baugewerbe [AMKB] führt im Auftrag der Sozialpartner und des Kantons pro Tag fünf solcher Kontrollen durch.

Auskünfte per E-Mail info@amkb.org oder per Telefon 061 575 10 20

Eine Präventionskampagne der
AMKB | Schlossstrasse 3
4133 Pratteln | www.amkb.org